

London. Er ging mit Litwinow in die Geschäfte, um einen neuen Schal zu besorgen, konnte das Gewünschte aber nicht finden, die Wolle war zu rau und kratzte am Hals. Sie kauften den weichsten Schal, der aber dementsprechend teuer war. Trotzdem überlegte und mäkelte Stalin, drehte den Kopf hin und her und schimpfte auf die Engländer. Im Hafengebiet entfernte sich Litwinow für einen Augenblick. Als er zurückkam, sah er, daß mehrere Hafearbeiter Stalin belästigten, vielleicht hatten sie ihn etwas gefragt und er war die Antwort schuldig geblieben, weil er kein Englisch verstand.

VORWORT
**DIE
 PARTEI
 AUFBAUEN**

PLATT FORMEN

Stalin saß allein am Mittagstisch.

Später erzählte Litwinow Budjagin die Geschichte mit dem Schal, die Sache mit den Hafearbeitern dagegen nicht. Das hätte ihm Stalin nie verziehen. Von Kind auf schwächlich und schwach, war er krankhaft empfindlich, wenn sein Mut und seine Körperkraft in Zweifel gezogen wurden. Ein Minderwertigkeitskomplex, aus dem sich später sein ständiger Argwohn entwickeln sollte.

Aber mit Stalin war es schon immer schwierig gewesen. In der Verbannung hatte er mit einem Genossen kein Wort mehr gewechselt, weil der sich einen Scherz erlaubt hatte, nämlich über Stalins Gewohnheit, in Socken zu schlafen. In Sibirien schien er besonders schutzbedürftig, er fror und schlief darum in Socken. Er war der stolze Besitzer einer buntseidenen Steppdecke. Darüber frohzelte man ebenfalls. Stalin empfand diese Witzelsien als kränkend, weil er glaubte, man verspötte seine Untüchtigkeit, seine Schwäche. Man hörte auf, mit ihm zu scherzen. Auch streiten durfte man nicht mit ihm, er war nie zur Versöhnung bereit. Sein starker georgischer Akzent, seine schwerfällige Ausdrucksweise trugen nicht dazu bei, ihn als Redner zu akzeptieren. In der Polemik wirkte er ebenfalls hilflos und schutzbedürftig, darum schonte man ihn, um ihn nicht zu kränken. Nie kränken hieß aber nicht widerprechen.

zur Krise der al

BRUCH 88

für das

zusammenkommen

zu einer

Neuen linken



28.5.88



... the bruch
begins ...

Einige anonyme AL-ler und „einige Radikale“¹

ZUR KRISE DER AL²

BRUCH '88

FÜR DAS ZUSAMMENKOMMEN EINER NEUEN LINKEN

Wir werden zermalmt zwischen unserer radikalen Absage an das System und der Mitwirkung am Funktionieren des Systems.

ein italienischer Radikaler³

Es ist notwendig, eine theoretische Diskussion nachzuholen, die in der Gründungsphase der GRÜNEN/AL unterblieb, da der ökologische Ansatz quer zu den gesellschaftlichen Fronten den Erfolg des GRÜNEN Projektes garantierte.⁴ Die jetzige Krise verlangt nach einer theoretischen Aufarbeitung dieser Erfahrungen und nach Einsicht in und Verarbeitung der Tatsache, daß die Neuen sozialen Bewegungen, die die soziale Frage allein in Form der Überlebensfrage der Menschheit andeuten, ein Metropolenspezifikum sind⁵. In ihrer Gänze können

1 Einer d. Verf. ist auch Verf. des Briefes „einige(r) Radikale(r)“ an die Lebenden“. Alle Verf. sind sich einig, daß die Behauptung einer „Traditionslinie Kaiser Wilhelm - Stalin - Köppl“ nur „stimmt“, wenn Kaiser Wilhelm und Stalin eben nicht in der Tradition betrachtet werden, für die sie sonst allgemein stehen. Kaiser Wilhelm und Stalin kennzeichnen neben einem bestimmten Verhältnis zu Parlamenten und Bürokratie weitere Ansichten und Handlungen, die sie mit Bernd Köppl nicht gemeinsam haben.

2 Auf der Sitzung des Delegiertenrates am 17.02.1988 haben Micha Hammerbacher, Detlef Schulze, Ingo Stahl und Dilli Zimmermann einen „Antrag zur politischen Praxis der AL“ (vollständig abgedruckt in: DR-INFO für den Delegiertenrat am 3. Februar 1988, auszugsweise nachgedruckt in: Stachlige Argumente Vol. 49, März 1988, 54 f.) vorgelegt, in dem gefordert wurde, die AL solle sich in Zeiten abflauender sozialer Bewegungen nicht noch mehr auf die Parlamentsarbeit konzentrieren - wie dies die „Real“os/as vorschlagen - und auch nicht bloß warten bis die sozialen Bewegungen wieder einen Aufschwung nehmen - wie dies die Fundis vorschlagen -, sondern selbst Bewegungen initiieren. Neben vornehmer Zurückhaltung und der abstrakten Beteuerung, wir seien uns ja alle einig, ernteten die Verfasser den Vorwurf des Voluntarismus (genauere Ausführungen dazu werden sich im zweiten Teil finden). Wir nehmen diesen Vorwurf zum Anlaß, die praxisorientierte Argumentation des Antrages um einige theoretische Anmerkungen zu ergänzen.

3 zit. n. Il Tirreno, 3.11.85 zit. n. Johannes Agnoli, Zwanzig Jahre danach: Komemorativ-Abhandlung zur „Transformation der Demokratie“, in: PROKLA Vol. 62, März 1986, 7 (93).

4 Frieder Otto Wolf, Warum fällt es uns in den Grünen so schwer, über unsere Perspektiven zu diskutieren?, in: Erwin Jurtschitsch/Alexander Rudnick/Frieder Otto Wolf, Grüne Perspektiven, Grünes & Alternatives Jahrbuch 1988, Köln, 1988, 88 (91 ff.); s. zur Notwendigkeit theoretischer Diskussionen auch: Regina Michalik, Alle Jahre wieder..., in: DIE GRÜNEN Bundesgeschäftsstelle (Hg.), Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes zur 10. Ordentlichen Bundesversammlung 26.-27. März 1988, Ludwigshafen, Bonn, 1988, 22 f. (22 ff.) und Karl Heinz Roth in „Da nicht fdr“, 1988: Die Revolte und ihre Folgen, KONKRETSREII (zwischen Karl Heinz Roth, Sibylle Plogstedt, Karl Dietrich Wolff und Wolfgang Kraushaar), in: KONKRET 5/88, 45 f. (51 ff.).

5 Georg Fülberth, Das Ende als Chance, in: KONKRET 4/88, 38 f. (42 ff.): „In einem hoch vergesellschafteten Kapitalismus werden sich immer Leute und Bewegungen finden, die ge-scheite Vorschläge für immanente Reparaturen machen (...).“

wir die Diskussion natürlich nicht leisten, sondern lediglich anregen. Wir sind zwischen 1984 und 1986 in die AL eingetreten. Schwierigkeiten, die internen Strukturen zu verstehen und (bei den meisten von uns) die kulturelle Verankerung in einer anderen Szene, die sich bereits von der AL abgrenzte, führten schnell zu einer kritischen Wahrnehmung der Geschichte und Entwicklung dieser Partei und veranlassen uns in der jetzigen „Krise der AL“ unsere Überlegungen zu konkretisieren und zu Papier zu bringen.⁶

Bei unseren Überlegungen werden wir es uns nicht nehmen lassen, die herrschenden minimalkonsensualen Politikvorstellungen der AL und ihre dementsprechende politische Praxis aufzuspießen. Wir werden uns - nachdem Annemarie Cordes und Jochen Esser in den Stachligen Argumenten Nr. 47 auf Musils „Mann ohne Eigenschaften“ Bezug genommen haben⁷ - nicht nur der Mithilfe eines bekannten Revolutionärs vom Anfang des Jahrhunderts, Wladimir Iljitsch, versichern; entgegen der musil'schen Karikatur großbürgerlicher Eindimensionalität empfehlen wir die Tradition der militanten Demokraten von 1848, der GenossInnen Marx, Engels, Lenin, Trotzki, Luxemburg, Bloch, Marcuse und Lukács, der LinkskommunistInnen und - sozialistInnen, der Mütter und Väter, Töchter und Söhne sowie Enkelkinder von Dada, Surrealismus, Fluxus, Hönkel, der 68er-Bewegung und der darauffolgenden ArbeiterInnen- und



⁶ Wir sind zwischen 84 und 86 Jahre alt und schöpfen aus einem reichen Erfahrungsschatz.

⁷ Kovon Ihr nicht spricht, November 1987, S. 1 (S. 11 ff.)

Häuserkämpfe sowie der Basisgruppen, der Kulturrevolution und der Autonomia. Und nicht die Personen sind für uns wichtig, sondern die Kämpfe, für die sie stehen und deren Erfahrungen sie uns vermitteln.

Darin, daß wir auf Erkenntnisse der Vergangenheit zurückgreifen, sehen wir deshalb auch kein Zeichen für unseren Konservatismus, als vielmehr die Möglichkeit, die Politik der AL und GRÜNEN in einem theoretischen Rahmen zu erörtern und damit erst die Chance einer Theoriebildung zu eröffnen. Theorie ist die systematisierte Vermittlung von Erfahrung; das ständige Rühren im Brei des eigenen Jetzt bringt insofern nicht viel weiter, als daß es zu einer produktiven Überwindung des ewig kontraproduktiven Flügelstreits gar nicht beitragen kann!

DIE KRISE DER LINKEN

Die Krise der AL ist augenscheinlich: Privatisierung und Entpolitisierung ehemaliger Aktiver, Austritte, die Auseinandersetzung um die taz, IWF etc., um nur einige der jüngsten Peinlichkeiten zu nennen.

In den eigenen Strukturen weht so mancher Muff und um bei der AL einzusteigen, benötigt mensch schon einige Überwindung und ein riesiges Wissen über die (parteiinternen) Abläufe des alternativen Politikmachens, Sitzfleisch und vieles anderes mehr, um in jenen Kreis der immergleichen Gesichter zu stoßen. Neben diesen formell-strukturellen Hürden kommen inhaltliche hinzu.

Die verbleibenden AktivistInnen besuchen die Sitzungen mehr aus Pflichtbewußtsein, als deshalb, weil sie spannende Debatten erwarten.

Das liegt u.a. daran, daß radikale Forderungen anstatt weiterentwickelt zu werden, zurückgenommen werden. Neue inhaltliche Vorstellungen laufen am Interesse an möglichst ruhiger Verwaltung der Alltagspolitik der AL auf und werden in Kommissionen vertagt und dort auf grün-alternative Allgemeinverträglichkeit zurechtgestutzt.

Die Wahlprogramm-Debatte wird bisher von FachidiotInnen be-

herrscht, anstatt daß eine alternative Gesamtkonzeption entwickelt wird⁸. Oberster Maßstab für die dabei aufgestellten Einzelforderungen ist oftmals die angebliche Realisierbarkeit binnen der nächsten vier Jahre. In dieser Situation, in der die wenigen chancenreichen „neuen Ideen“ die alten Ideen der Anpassung an die Sozialdemokratie sind und in der die Noch-Linken ihre Besitzstände kraftlos verteidigen, unterscheidet sich die AL von den anderen Parteien allenfalls noch durch ihr Alter und ihren Habitus.

Die Lage ist weder der individuellen Korruptheit der Angehörigen des MinisterInnenflügels noch der individuellen Faulheit der Noch-Linken geschuldet, sondern der gleichen objektiven Situation:

[Es ist schon traurig - da offenbart sich der Zustand der bürgerlichen Politik(kultur) in einem Fall Barschel, und was bringt die Opposition links von der CDU zustande?

Die Extreme pendeln zwischen dem Gebabbel eines Lafontaine, (der sich als „Querdenker“ und „Erneuerer“ verkaufen kann, und dem autonomen Western in Kreuzberg. Dazwischen manch andere badewannenreife Leistung, die bei den GRÜNEN „Tabubruch“ heißt.

Fast täglich passiert irgendeine Katastrophe, die die grün-alternativen Analyse und Forderungen bestätigt; doch anscheinend sind die GRÜNEN/AL unfähig, diese auch produktiv zu bewerten.

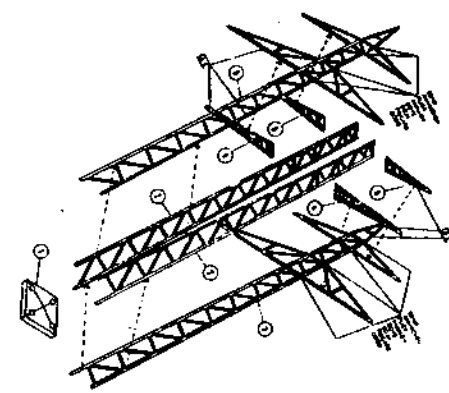
In SO 36, dem einstigen Symbol alternativer Kultur, verlaufen die Fronten scheinbar unüberwindbar zwischen den Leuten.

Ein Beispiel ist die Pornographie-Debatte: Autonome Miliz (nicht „die“ Autonomen) versus ähnlicher Unfähigkeit auf der anderen Seite (siehe „Rechtfertigung des Eiszeit“ im taz-Interview⁹), die Porno-Debatte zu führen.

Anstatt Sexismus und patriarchale Strukturen auch in den eigenen Reihen zu thematisieren und differenzierte,

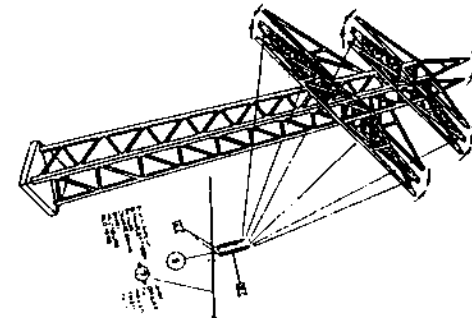
⁸ eine solche fordert in zwischen auch: Albert Statz, Einige Überlegungen zur Wahlkampfplanung [2., überarb. Fassung 5.5.88], in: DR-INFO für den Delegiertenrat am 11. Mai 1988, 9 1 (9 11 f., 10 11).

⁹ taz, 03.1988



den jeweiligen Zielen angemessene Kampfformen zu entwickeln' - und die Gewaltdebatte als die der Gewalt gegen Frauen und Kinder zu führen - haut man sich lieber die eigenen Köpfe und Kinos ein.

Diese Regression ist allein zu begreifen vor dem Hintergrund der Ausgrenzungspolitik weiter Teile der Alternativszene gegenüber den Autonomen. Wo der AL jedes Bewußtsein über das, was bestimmte Linke von ihr erwarten, fehlt, kann natürlich auch die radikale und autonome Linke kein Verständnis für die Politik der AL entwickeln, wenn enttäuschende Anpassungs- und Integrationsleistungen vollzogen werden, auch noch möglichst geräuchlos und schnell vollzogen werden. Da andererseits große Teile der autonomen und radikalen Linken sich weigern, die Linke in der AL (nach der sie freilich suchen müßten) in ihre Betrachtungen über die AL einzubeziehen, obwohl in der Praxis gerade über diese Personen z.B. Demo-Bündnisse hergestellt werden, können sie nur mit steigender Verbitterung Renegaten und Verräter wahrnehmen, deren kleinen Finger sie ab und zu, mit abnehmender Tendenz, benutzen können. Die Gräben innerhalb der Linken werden sich auf diese Weise weiter



vertiefen: Der Kampf „autonomer Milizen“ für die totale Gettoisierung von K 36 ist vor diesem Hintergrund nur folgerichtig.

Die Politik integrierter AL-lerInnen und Alternativer hingegen, die mit einer davongelaufenen Bewegung zu kämpfen haben, Beispiel Kinderbauernhof/Kita, Görlitzer Park, bleibt falsch. Subjektiv im Dienste einer guten Sache und alter Beschlüsse, die aber nur Kompromisse waren, objektiv die offizielle Politik vollziehend, mit zunehmender Verkrampfung immer heftigere und gleichbleibend unreflektierte Sprünge in Richtung CDUFDPSPD machend.

So kann die Westberliner Obrigkeit ihre Politik der Teilintegration und Zerschlagung fortsetzen. Fink und Kewenig räumen den Bezirk auf. Diese „Berliner Linie“ kennzeichnet sich dadurch, daß sie nicht bloß befriedet und integriert: die „Subsidiaritätspolitik“ des Fink läßt alternative Ideen und ihre TrägerInnen bei der Modernisierung kräftig mitspielen. Diese nicht eben unwesentlichen Teile der Alternativszene haben sich in die Verhältnisse gefügt, sich Nischen gesucht und arbeiten an Selbsthilfe und Alternativprojekten mit, sind längst abhängig von Staatsknete und stützen herrschende Verhältnisse insofern, als Selbsthilfeprojekte vortrefflich in die von staatlicher Seite propagierte Tendenz hin zur Privatisierung sozialer Dienste und Dienstleistungen passen.

Ehemalige HausbesetzerInnen sind mit einer nett begrünzten Immobilie in den Mittelstand zurückgekehrt und die als Ergebnis ihrer Kämpfe entstandenen Sanierungsmodelle sind für Yuppies und andere KapitalanlegerInnen äußerst attraktiv.

Schick, schick, schick, das Loft in der Fabrik. Die 750-Jahr-Feier hat eindrucksvoll vor Augen geführt: Einerseits Kreuzberg als geplantes Vorzeigebispiel erfolgreicher Stadtsanierung und Befriedung, andererseits die realen Probleme, die zwischen den IBA-Fassaden hervorbrachen. Einerseits ein sich Einlassen linker Projekte auf die Feierei, andererseits brutale Aufstandsbekämpfung von oben. Allein der 1. Mai war in der Lage, die konservative

Hegemonie zu durchbrechen und insofern eine Niederlage für alle Linken und Alternativen, die „Politik“ machen. Und danach das verständliche Lamentieren über die sozialen Zustände, die ja wirklich existieren, aber gleichzeitig auch Ausdruck einer Hilflosigkeit in Bezug auf eine politische Strategie. Merkt Ihr nicht, daß Ihr immer wieder an die gleichen Grenzen stoßt, trotzdem weitermacht, weil es angeblich keinen anderen Weg gibt?

Ein produktiver Bruch wäre hier, zu bilanzieren und sich selbst zu kritisieren. Wo steht Ihr jetzt?

Als Ausdruck des desolaten Zustandes der politischen Linken gesellt sich neben der schon genannten¹⁰ Gespaltenheit und Diskussionsunfähigkeit (wobei wir nicht einem Harmoniebedürfnis das Wort reden) auch eine (alternative) Geschichtslosigkeit.

Erinnern nicht die geführten Debatten um Gewalt und Parlamentarismus in Form und Inhalt an bereits geführte und überwunden geglaubte Diskussionen? Gerade bei den GRÜNEN macht sich Gedächtnisverlust breit, wenn der Bundestag plötzlich ernstgenommen wird, wenn sie sich beispielsweise die Gewaltfrage von denen stellen lassen, die behaupten, rechtmäßig alle Gewalt gegen uns monopolisiert zu haben.

Wo wird hier die rück- und vorwärts gewandte historische Perspektive einbezogen? Wo aus Fehlern gelernt? Warum gibt es nur eine über Personen dargestellte Kontinuität eines „linken Projekts“?

Jene Geschichtslosigkeit ist vielleicht auch die Unmöglichkeit, über die 60er, 70er und 80er Jahre rational zu reflektieren, weil alles noch frisch und Teil des eigenen Lebens ist. Cohn-Bendit etwa war nie mehr als der geschäftstüchtige Papagei der Bewegung: Eine Medienfigur. Der antiautoritäre Dutschke hat auf autoritäre Art Unsinn geschwätzt;^{10a} erst die Menschen in der von 1978 bis 1980 entstandenen Bewegung konnten in einer befreienden Selbstverständlichkeit gegen Autoritäten und Hierarchien leben.

¹⁰ s. S. 7 f.

^{10a} Bernd Ulrich, Too old to rock'n'roll - too young to die, in: *Kommune* 4/88, 28

Die Brüche radikaler Subjektivität der vorhergehenden, von 1967 bis 1973 politisierten Generation aber sind bisher fast ausschließlich durch Mythenbildung und Romantizismus entsorgt worden und die Generation danach, v.a. deren Geschäftsführer^{10b}, sind dabei, es dieser gleichzutun.

Es fehlt die Möglichkeit, auf breiterer Ebene aktuelle Erfahrungen mit früheren zu vergleichen, sich auszutauschen. Reservate an den Hochschulen sind hier bemüht. Und es gibt eine Reihe von Ansätzen und Initiativen, wie einzelne Archive und das Bildungswerk. Auch die Diskussionsreihen „Warum ist den Verhältnissen nicht das Tanzen beizubringen?“ oder „SCHWARZ-ROTE PERSPEKTIVEN“ zielen in diese Richtung.

Aber es ist peinlich, wenn das „ID-Archiv“ nach Holland abwandern muß, wenn in der „Berlin, Berlin“-Ausstellung der Raum über die Revolte Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre der herrschenden Darstellung ohne weiteres überlassen wird. Die Hönkelisierung der „Mythos Berlin“-Ausstellung hat ansatzweise gezeigt, mit welchen Provokationen dieser verkrampften Geschichtsklitterung zu begegnen ist.

Die AL-Parteielite macht seit rund 20 Jahren mehr oder minder linke, radikale, „systemsprengende“ Politik, ohne daß sich die Wirklichkeit wesentlich in die gewünschte Richtung ändert (Daß sich auch andere mit von der Linken „entdeckten“ Themen gezwungen sind zu beschäftigen, ist ja kein Erfolg, sondern beweist allein die historische Überlegenheit linker Theorie). Auf diese Lage wird auf zweierlei Art und Weise reagiert:¹¹ Entweder mit Anpassung der eigenen Ziele an die Wirklichkeit („Real“os/as) - wobei aber zu berücksichtigen ist, daß die AL weniger und DIE GRÜNEN mehr von Anfang an ein Bündnis von radikalen Ex-K-GrüpplerInnen und -Spontis einerseits und bürgerlichen Bi-lerInnen andererseits waren - oder mit Einigelung und Flucht in den Zynismus (Noch-Linke) - so wie vielen Mischformen. Allen gemeinsam ist der Utopiever-

zicht - und damit letztlich auch der Verzicht auf eine Per-

spektive der Stadt(politik). Sicher, es gibt viele Ansätze und Überlegungen. Aber oftmals haben sie den Charakter mühsam errechneter und zusammengeschriebener Fleißarbeiten. Ein Großteil hat die Perspektive,

„alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“,

aus den Augen und vor allem aus Herz und Verstand verloren.

In Negation des religiös-wahnhaften Glaubens der

ersten Generation der Neuen Linken an Revolution (und/oder Partei), der die Eigenart innewohnte, Sprache nicht nur aufklärerisch, sondern gleichzeitig auch als Barrikade vor der Wirklichkeit zu benutzen, wurde die gleiche Übersteigerung

perpetuiert; die Deutlichkeit dieser Erscheinung nur durch die „zweite Generation verwischt. Den Alten ging und geht

dabei existentielle Radikalität entweder verloren oder ihre

Zielrichtung wird in blinder Beliebigkeit schließlich auf Grundpositionen der Linken geändert (Tabubrüche à la Knapp).

Eine der großen Übereinstimmungen der alternativen (alten) und autonomen (jungen^{11a}) Linken Anfang der 80er Jahre war

der Versuch, das radikal Andere jetzt zu realisieren: wohnen,

leben, arbeiten in Gegenmilieus jetzt und nicht erst nach

irgendeiner Revolution. Dieses weitgehend praktizierte Aus-

spielen des radikalen Lebens sofort gegen das Prinzip Hoffnung hat sich als ein Fehler erwiesen und ist - in aller Ungenüge - nur von der autonomen Linken produktiv überwunden worden (Steigerung des radikalen Lebens bis zum Punkt der rebellischen Massenmilitanz, an dem dann klar wurde, daß es ohne ideologischen Überbau nicht geht). Alle anderen können wir nur in rotzfrecher Selbstverständlichkeit daran erinnern:

„Der kategorische Imperativ (oder Marx als Kantianer) gilt nach wie vor: es sind alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknecht-

10b Karl Heinz Roth, Fritz Teufel, Klausiel, 1980, darin: Die Geschäftsführer der Alternativ-Bewegung

11 s. oben bereits S. 6

11a Der Operatismus war natürlich schon in einigen Kernen der alten Generation Grundlage allen Tuns; die jungen (Basisgruppen, Hönkel, Autonome) sammelten sich aber seit 1978 hauptsächlich um dessen Ausprägung

tetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist' (Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung). Marx geht aber über die Kantsche Moralkategorie der subjektiven Befreiung hinaus, holt Hegel herein und überholt ihn - und zielt auf die objektive Befreiung hin: Die Massen ('die Proletarier') ... befinden sich ... auch im direkten Gegensatz zu der Form, in der die Individuen der Gesellschaft sich bisher einen Gesamtausdruck gaben, zum Staat, und müssen den Staat stürzen, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen' (Deutsche Ideologie, I. Band, Kommunismus. Produktion der Verkehrsform selbst. Schlußsatz). Diese Verlöschung von kategorischen Imperativ und Negation des Staats macht zwei gesichtliche Formen der Befreiung zu einer Einheit: die Freiheit eines Jeden wird erst Wirklichkeit, wenn der Zwangscharakter der Gesellschaft, in der Form des Staats kodifiziert (der 'Form der Zusammenfassung der bürgerlichen Gesellschaft' - Marx, Grundrisse. Einleitung) überwunden, abgeschafft wird. (...) Wem dies alles Utopie bleibt, oder nicht einmal als Orientierungspunkt gesellschaftlicher Praxis bleibt, soll schon aus Gründen der Denkdiziplin (...) für einen offen autoritär verfaßten Staat eintreten."

Zu dieser Position ist es zumindest nicht mehr weit, wenn die Polizeiprovokationen am diesjährigen 1. Mai nur noch wegen „Überhärte“ und „Unverhältnismäßigkeit“ kritisiert, der Einsatz selbst aber überhaupt nicht mehr in Frage gestellt wird, wenn hinter die bereits erhobene Rücktrittsforderung zurückgefallen und nur ein Mißbilligungsantrag gegen Kewenig gestellt wird, der Hinweis auf die Forderung nach Auflösung der kasernierten Bereitschaftspolizei fehlt. Im Übrigen entsteht leicht ein verzerrtes Bild, wenn wir uns nur auf die berüchtigte, entmenslichte Sondereinheit „EblT“ konzentrieren; die übrigen uniformierten Kollegen jener Truppe haben heftig mitgeknüppelt, so daß so manch einem Senatsmitglied das Herz im Leibe gelacht haben dürfte. Ist die kriminelle Vereinigung nun auf den Senatsbänken zu suchen oder nicht?

Neben der¹³ Erfolglosigkeit linker Politik in den

12 Agnoli a.a.O. (FN 3), 37

13 relativ: „Wenn ich Häuserkampf-Bewegung sage, dann meine ich auch die Tatsache, daß es uns gelungen ist, die Grundrente so zu modifizieren, daß es immer noch Wohngemeinschaften gibt, daß es immer noch Lebenszusammenhänge gibt, die nicht zurückboombardiert sind in die Kernfamilienstruktur der 50er Jahre. Wenn du heute die bevölkerungspolitischen Statistiken ansiehst, dann kannst du daran unglaubliche Wirkungen der WG Kampagne ablesen - hin zu einem Zerfall der Kernfamilie. Vielleicht ist dieses Land gerade dadurch verändert worden, daß Sozialprozesse ablaufen, die so komplex sind, daß sie von Regime nicht kontrolliert werden können.“ (Roth a.a.O. (FN 4), 46 II). „So oder so.“

Die Diskrepanz zwischen der kulturevolutionären Durchschlagskraft der Studentenbewegung und ihrer politischen Erfolglosigkeit ist eklatant. So sinnvolle Forderungen wie nach dem Nulltarif für öffentliche Nahverkehrsmittel sind heute ebenso utopisch wie vor zwanzig Jahren. Dagegen hatten die Polizisten, die uns Mitte der siebziger Jahre knüppelschwingend auf Demonstrationen gegen die Erhöhung der Bus- und U-Bahnpreise hinterherspurten, schon längere Haare als wir weiland in den Sechzigern.“ (Michael Sontheimer, ... (Titel fehlt), in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 20/88, 43 1).

letzten Jahren¹⁴ ist in Bezug auf die AL zu berücksichtigen, daß die alten Mitglieder jetzt nicht mehr StudentInnen oder arbeitslos sind. Gute Jobs bewirken ein Einrichten in den gegenwärtigen Verhältnissen, schlechte Jobs rauben zumindest wertvolle Zeit.¹⁵

Für eine Mittelstandspartei¹⁶ von Leuten, die, was ihre materielle Lage betrifft, mit dem System zufrieden sein können und nur hier und da einige Reformen fordern (etwas mehr Umweltschutz und „Entwicklungshilfe“; etwas weniger Rüstung)¹⁷, hat die „Real“o/a-Linie, abgesehen von der Frage, ob für eine solche Partei zwischen FDP und SPD noch Platz ist, einen gewissen¹⁸ Sinn. Diese wohl-situ-ierten AL-Mitglieder haben kein Interesse mehr, selbst Politik zu machen; sie kommen allenfalls - evtl. aufgrund einer taz-Anzeige - zur MVV, um ihren VertreterInnen die optimalen Bedingungen zur Vertretung ihrer Interessen zu schaffen. Die Verweigerung eines offenen und reflektierten Umgangs mit dieser sozialen Lage vieler AL-lerInnen

14 s. oben bereits S. 10

15 s. zu letzterem auch die Agnoli-Zitate demnächst in Teil II

16 Daran, daß GRÜNE/AL auf die Gesamtbevölkerung bezogen eine Mittelstandspartei sind, ändert nichts, daß sie bezogen auf ihre Altersklasse eine durchschnittliche Sozialstruktur haben. Genauer zu untersuchen wäre allerdings, was darauf folgt, daß GRÜNE/AL - sollte es sie dann noch geben - im Jahr 2000 tatsächlich eine Volkspartei sind (s. dazu Peter von Oertzen, Zwischen Arbeitnehmergepartei und Minoritätenkartell, in: Wolfgang Abendroth et al., Nicht links - nicht rechts?, Über Politik und Utopie der Grünen, Über die Zukunft der Grünen, Hamburg, 1983, 53).

17 „Die Grünen der Zukunft sind eine sozialliberale Partei, die sich den Forderungen ihrer publizistischen Mentoren vom Dritten Programm, vom ‚Spiegel‘, vom ‚Stern‘, von der ‚Frankfurter Rundschau‘ und der ‚tageszeitung‘ nach ‚Verantwortungsbereitschaft‘ und ‚Politikfähigkeit‘ nicht verschließt. Sie wird nach Kräften den Sozial- und Rechtsstaat verteidigen, den Rüstungsetat dämpfen, die Staatsgewalt ein wenig zügeln und auf schonende Behandlung von Ausländern dringen. Es gibt schlimmeres.“ (Herzmann L. Grewliza, Nikolausi? Osterhasi!, in: KONKRET 1/1985, S. 1 (8 III)) ... für KommunistInnen aber auch wichtigeres. (vgl. Fülberth a.a.O. (FN 5), 39 III, 42 III). Nicht zugestimmt werden kann Fülberth allerdings, wenn er ebd. 42 III für eine „tatsächlich authentische Lesart von Lenins ‚Was tun?‘“ das Konzept einer Massenpartei „in einer akut vorrevolutionären Situation“ erklärt. (Fülberth bestreitet mit Recht die Sinnhaftigkeit eines solchen Konzeptes für die kommunistischen Parteien in den imperialistischen Staaten.) Lenin hat „Was tun?“ nicht kurz vor der Oktober-Revolution, sondern bereits 1902 geschrieben. Gegen Fülberths Lenin-Interpretation sprechen auch die von ihm selbst genannten Zahlen: „Die Bolschewiki formierten sich erst eineinhalb Jahre vor der bürgerlichen Revolution von 1905. Im Februar 1917 hatten sie erst 30.000 Mitglieder, ein Dreivierteljahr später waren es zehnmal mehr.“ (ebd. 41 f. - Hervorh. d. Verf.). Lenin hat also keine Massenpartei-Konzeption, sondern - und zwar durchaus in Weiterentwicklung des von Fülberth zustimmend zitierten „Kommunistischen Manifest“-Zitates („(...) kommunistische Parteien (...) haben, so heißt es in einem sehr alten Text, ‚theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus.‘“ - ebd. 39 III) - eine Avantgarde-Partei-Konzeption entwickelt.

18 s. unten die weiteren Einschränkungen auf S. 15

macht ein Ausbrechen aus der Dynamik der Transformation der AL in eine sozialliberale Partei der 90er Jahre umso schwieriger.

Schließlich ist beachten, daß die Radikalität vieler GRÜNER und Bewegungsforderungen eine Scheinradikalität war. Viele Einzelforderungen sind zwar an sich radikal, aber das grün-alternative Mittelstandsbewußtsein fernab der Industriearbeit (von dem sich auch die Verf. nicht ganz freisprechen können) verhindert, daß die gesellschaftliche Totalität ins Blickfeld gerät; daß die Bedingungen der Durchsetzung dieser Forderungen reflektiert, daß ihre Radikalität erkannt und vertreten wird.

Das Beispiel NATO-Austritt macht dies deutlich. Wenn Joschka Fischer fordert, auf diese Forderung zu verzichten, zeigt dies, wie tief ehemalige Linke inzwischen gesunken sind. Anstatt die NATO-Frage nach vorne, d.h. im Sinne einer internationalistischen Perspektive und der Frage, wie weiter gegen die Rolle der NATO und der BRD im weltweiten Unterdrückungssystem vorzugehen ist, zu diskutieren und ein Bewußtsein dieser Radikalität zu verankern, erfolgt die Kapitulation vor den Herren des westlichen Imperialismus.

Über die Revolution kann, ohne belächelt zu werden, allenfalls in der Seminaratmosphäre einer Bildungswerksveranstaltung geredet werden. Auch dort wird sie - soweit sie denn überhaupt zustimmend thematisiert wird - nicht als politische Notwendigkeit der Durchsetzung unserer Forderungen behandelt, sondern wegen der Abwechslung, die sie bieten könne („Die Revolution ist großartig...“). Was bei den Autonomen mit der alltäglichen Politik verbunden ist, ist hier von dieser doppelt - aufgrund der Seminaratmosphäre und des Verweises ins Utopische - getrennt. Es geht diesen SeminaristInnen nicht um revolutionäre Politik, sondern um deren Ersetzung durch die revolutionäre Phrase.

Die AL als Teil der Kultur, für die sie noch steht und für die das gleiche gilt, muß deshalb tatsächlich - vielleicht nicht unbedingt schöner, aber doch - erneuert werden.

Nur wenn die eigentliche Radikalität grün-alternativer Forderungen erkannt und reflektiert wird, wenn erkannt wird, daß der Kampf um deren Durchsetzung im Widerspruch zum mittelständischen Sicherheitsbedürfnis steht, kann verhindert werden, daß die AL zwischen Scheinradikalität und Befriedung schwankt und bei geringstem äußeren Druck in Richtung letzterer fällt.

Die AL muß erkennen und eine Umgangsweise damit entwickeln, daß sie in dem Sinne eine *idealistische Partei* ist, als daß ein *wirklicher Kampf* um Demokratie, soziale Gerechtigkeit (und Umweltschutz) im Widerspruch zu den kurzfristigen materiellen Interessen der allermeisten ihrer Mitglieder und WählerInnen steht.

Die „Real“o/a-Linie löst diesen Widerspruch mit einem Konzept zulasten der Inhalte und zugunsten der kurzfristigen materiellen Interessen. Als VertreterInnen des neuen Mittelstandes liegen ihre Probleme auch¹⁹ in den kurzfristigen Schwierigkeiten, die in dem Wahlverhalten der Bevölkerung (siehe Hesen) und der Haltung der SPD (siehe Hamburg, Lafontaine, Momper etc.) bestehen.

Wenn wir gegen die Abschleifung radikaler Inhalte und alternativer Formen nicht einen ewig erfolglosen Abwehrkampf führen wollen, müssen wir eine eigene Perspektive für GRÜNE/AL als linker, radikaler Partei entwickeln. Diese Perspektive ist letztlich nicht zu trennen von der Perspektive der Linken überhaupt.

DIE KRISE DER AL - GAR KEINE KRISE?

Vor diesem Hintergrund muß ein Erklärungsansatz, der da meint, die Krise der AL sei gar keine Krise, überraschen:

„Im Maße wie die AL bei einem Thema erfolgreich ist, in dem Maße verschwindet sie hinter ihrem Erfolg. Ihre Erfolge scheinen in der Öffentlichkeit meist als Erfolge der anderen.“²⁰

Insofern GRÜNE/AL selbst nur reformistische Forderungen stellen, soll gar nicht bestritten werden, daß durch die anderen

¹⁹ s. oben bereits die Einschränkung auf S. 13

²⁰ Hilde Schramm, Zur Krise der AL, in: Stachlige Argumente, Vol. 40, Januar 1988, 33 f (34 ff).



Parteien der - teilweise erfolgreiche - Versuch unternommen¹ wird, GRÜNEN/AL ihre Themen zu „klauen“. Soweit es aber um grundlegende Fragen geht, wird der Nachteil der These vom Themenklau, daß sie nämlich die Rhetorik der bürgerlichen Parteien für wahr nimmt deutlich:

Dieser Unterschied zwischen Rhetorik und Wirklichkeit soll an zwei Beispielen, die auch Hilde Schramm nennt, deutlich gemacht werden:

+++ Daß die bürgerlichen Parteien versuchen, die Umweltpolitik für sich zu besetzen, soll gar nicht bestritten werden: Die SPD focht bereits in den sechziger Jahren für den blauen Himmel über der Ruhr. In den siebziger Jahren produzierte die sozialliberale Koalition eine wahre Flut von umweltrechtlichen Normen. An der schönen Wirklichkeit haben diese Maßnahmen des „symbolic use of politics“²¹ seinerzeit genauso wenig geändert wie heute die Errichtung eines Bundesministerium für Umwelt-, Naturschutz und Reaktorsicherheit oder etwa das angestrebte Bundesamt für Strahlenschutz, dessen Installierung mitnichten die Gefahren der sogenannten friedlichen Nutzung der Kernenergie problematisiert, sondern im Gegenteil einer für dumm verkauften Öffentlichkeit vorgaukelt, atomare Abfälle seien problemlos endzulagern, wenn dies nur unter den Argusaugen von Fachleuten geschehe.

+++ Gleichfalls auf Rhetorik beschränkt sich die Politik von CDU/CSU auch in Sachen der von der Todesstrafe bedrohten Chilenen - sie schmoren heute noch im Knast.²²

21 Murray Edelman, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischer Handelns, Frankfurt, 1976, 22 ff. zit. n. Rainer Wolf, Das Bundesverfassungsgericht - Hüter der Umwelt?, in: Kritische Justiz 1984, 239 (239); s. dazu außerdem auch: ders., Das Recht im Schatten der Technik, ebd. 1986, 241; ders., Zur Antiquiertheit des Rechts in der Risikogesellschaft, in: Leviathan 1987, 357; Detlef Schulze, „Symbolic use of politics“. Zur Einführung eines sog. „Staatsziels Umweltschutz“, in: KRITIK Vol. 8, Mai 1987, 22 f jeweils mit weiteren Nachweisen, vgl. jüngst auch: Uwe Wesel, Kein Recht auf Bäume, in: Die Zeit, Nr. 12/43 vom 18. März 1988, 48 f.

22 s. dazu Rainer Trampert/Mathias Küntzel/Thomas Ebermann, Chile, die CDU und die Menschenrechte in diesem Sommer, in: Arbeiterkampf, Vol. 285 vom 26. August 1987, 6 f

Zu begreifen ist, daß selektiv übernommene Forderungen deshalb übernommen wurden, weil sie in die Modernisierungsstrategien der Finks, Geißlers, Biedenkopf, Süßmuths, Lafontaines etc. passen, weil sie integrativ und machterhaltend wirken, dem „Wertewandel“ angepaßt werden und so „neue Wählerschichten“ eröffnen und formieren sollen.

Nicht nur, daß ein tatsächliches Aufgreifen GRÜNER Forderungen nicht festzustellen ist, auch bei den WählerInnen greift diese Rhetorik nicht mehr, als sie eine Ausweitung der Zustimmung zu GRÜNER Politik verhindert (und mehr als diese immanente Kritik an der These vom Themenklau soll die nachfolgend angeführte Umfrage nicht leisten; keinesfalls reden wir einer Politik der Anpassung der Programme an die jeweils neuesten Umfrageergebnisse das Wort):

In der Ausgabe Nr. 53/51 des SPIEGEL vom 28.12.1987, 40 (48) wurde eine EMNID-Umfrage veröffentlicht, die u.a. untersucht, für welche Themen welchen Parteien besondere Lösungskompetenzen von der Bevölkerung zu geschrieben werden. Danach werden die GRÜNEN von einer relativen Mehrheit (40 %) für die kompetenteste Partei in Sachen Umweltschutz gehalten (CDU/CSU 32%, SPD 25 %, FDP 7 %). Diesbzgl. ist die Zustimmung zu den GRÜNEN gegenüber Okt. 1986 sogar noch um 2 Prozentpunkte gestiegen (Okt. 1984 allerdings sogar 42 %, DER SPIEGEL Nr. 44/38 vom 29.10.1984, 40). Ebenfalls ein Anstieg ist hinsichtlich der Kernenergie festzustellen (von 24 % auf 26 %). Die These vom Themenklau findet allerdings auf zwei Gebieten in An-

sätzen Bestätigung: 24 % (Okt. 1984), 26 % (Okt. 1986), 22 % (Dez. 1987); Abrüstung (nur 1986 und 1987 gefragt: 19 %, 15 %). Aber auch die Abnahmen auf diesen Gebieten sprechen keinesfalls für eine Konzentration auf die „nächsten, ‚greifbaren‘, ‚konkreten‘ Interessen“²³. Daß Zweifel an der Kompetenz der GRÜNEN für die Frauen-Emanzipation aufkommen, wenn die GRÜNEN ausgerechnet in dem Moment das Müttermanifest, das selbst Rita Süßmuth teilweise von Linke kritisiert, diskutieren, in dem die SPD langsam beginnt, Quotierungsbeschlüsse zu fassen, kann kaum überraschen. Gleiches gilt für die Abrüstung, wenn die GRÜNEN in die allgemeine Lobhudelei über das INF-Abkommen einstimmen²⁴, als habe sich damit das Thema Abrüstung oder ein NATO-Austritt erledigt.

Problematisch an der Verwendung der These vom Themenklau ist auch, daß DIE GRÜNEN durch das sich Einlassen auf solche Umfragen gleichzeitig die Idee, Politik zu machen, um für kompetent gehalten zu werden, akzeptieren; bereit sind, sich auf das Spektakel in den bürgerlichen Medien zu beschränken und sich davon bezaubern lassen.

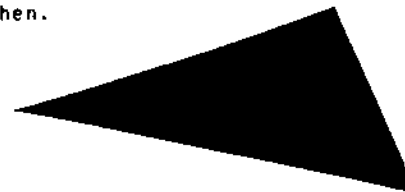
Gegenüber der These vom Themenklau, daß der Erfolg der AL ihre Erfolglosigkeit sei (oder auch umgekehrt), halten wir an der Ansicht fest, daß GRÜNE/AL in einer tiefen Krise stecken.

DIE KRISE IST EINE INHALTLICHE UND STRATEGISCHE KRISE

Diese Krise ist u.E. sowohl inhaltlicher als auch strategischer Natur und Ausdruck eines stillschweigenden Wandels ihrer poli-

tischen Kultur.

Die Angriffe des MinisterInnenflügels auf die ersatzlose Streichung des § 218 um der Selbstbestimmung der Frauen willen, damit DIE GRÜNEN für christliche und sog. „wertkonservative“ WählerInnen wählbar werden, auf die Forderung nach NATO-Austritt und sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie, um das Wohlwollen der „sozialdemokratisch orientierten JournalistInnen“²⁵ wiederherzustellen, und der oben²⁶ beschriebenen Stand der AL-Wahlprogramm-Debatte erinnern uns an die Position der russischen „Ökonomen“, die beispielhaft für eine in bürgerlich verfaßten kapitalistischen Gesellschaften immer wiederkehrende Grundposition stehen.



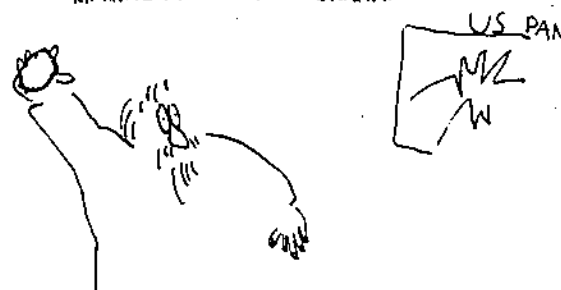
Die Position der „Ökonomen“ bestand darin, daß der Kampf der russischen Sozialdemokratie in erster Linie in der Unterstützung des gewerkschaftlichen („trade-unionistischen“) Kampfes um die „nächsten, ‚konkreten‘ Interessen“, d.h. Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung, Arbeitsschutz, bestehen sollte. Allenfalls sei es zulässig, dem „eigentlich ökonomischen Kampf politischen Charakter“ zu geben, das „heißt folglich die Durchsetzung derselben gewerkschaftlichen Forderungen (...) durch ‚gesetzgebende und administrative Maßnahmen‘ (...) an(zu)streben.“²⁷

23 LW 5, 355 (417) - Was tun?

24 s. zur Kritik an diesem Verhalten: Hermann L. Grellitz, Zur Feier einer Niederlage, in: KONKRET 1/1988, S. 1; kt., Der Gipfel. Ein Grund zum Feiern, in: Arbeiterkampf, Vol. 289 vom 14. Dezember 1987, 1 1; ms, feste feiern wie sie fallen, in: ebd. 2 IV.

25 „Verloren haben wir insbesondere das Vertrauen der sozialdemokratisch orientierten JournalistInnen in allen Medien, die uns als FDP-Ersatz sahen und dementsprechend wohlwollend begleiteten. Nach der Wende der FDP zur Union sollten wir zu Mehrheitsbeschafferin der SPD aufgebaut werden. Nachdem dies aber nicht oder nicht so schnell klappt, ist es mit dem Wohlwollen dahin.“ (Johann Müller-Garunek, Unsere Politikfelder neu besackern, in: DIE GRÜNEN Bundesgeschäftsstelle (Hg.) a.a.O. (FN 4), 27 1 (27 11)).

ICH HATTE DAMIT PRAXIS GEMACHT.



26 s. bereits S. 6

27 LW 5, 355 (417).

• Nun haben es AL/GRÜNE zwar weniger mit Gewerkschaften und der „naturgemäß eher trockenen Materie der Ökonomie“²⁸, aber sie machen einen entsprechenden, grundsätzlichen Fehler: Ökologismus und ebenfalls Konzentration auf die angeblich „nächsten, ‚greifbaren‘, ‚konkreten‘ Interessen“²⁹.

Demgegenüber fordern wir die mögliche (weil denkbare) Unmöglichkeit, daß GRÜNE/AL die Beschränktheit der sozialen Bewegungen und der des Organisationsprinzips „Partei“ aufzuheben anstreben. Die Einzelforderungen der sozialen Bewegungen dürfen nicht nur gesammelt werden, sondern müssen in den Gesamtzusammenhang gestellt werden,

^{29a} ihre - ggf. vorhandene - Radikalität muß erkannt und reflektiert werden. Dieses Verständnis bricht dann auch mit der Vorstellung, wir müßten uns nur selbst wählen, um unsere Forderungen durchzusetzen. (In diesem Slogan waren die Fehler der parlamentszentrierten „Real“o/a-Strategie von heute bereits angelegt.) Die GRÜNEN/AL haben als Partei die Aufgabe, die verschiedenen sozialen Bewegungen zu vernetzen. Sie haben die Mittel dafür zur Verfügung zu stellen, daß die sozialen Bewegungen über ihre eigenen Tellerränder schauen können. Erste, auszubauende Ansätze sind die Versuche der Vernetzung einzelner sozialer Bewegungen: Die Ökologiebewegung mit der Friedensbewegung (Atombomben made in Germany), die Friedensbewegung mit der Internationalismus-Bewegung (low intensity warfare), die Internationalismus-Bewegung mit der Ökologie-

Bewegung (Umweltzerstörung in den Trikont-Ländern). In allen sozialen Bewegungen ist das Bewußtsein dafür zu schärfen, wie wichtig die Abwehr staatlicher Repression ist. Schließlich müssen es GRÜNE/AL leisten, die gesellschaftlichen Konflikte auf die zugrundeliegende kapitalistische und patriarchalische

28 Harald Jansen, Wie vernünftig ist die Wahnsinnstheorie? „Wahnsinnige“ Entscheidungen in Politik und Wirtschaft haben handfeste Gründe, in: liberale drucksachen 5/1984, 3 I (5 III).

29 „Dies Vergessen des großen Hauptgesichtspunktes über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag ‚ehrlich‘ gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der ‚ehrliche‘ Opportunismus ist vielleicht der Gefährlichste von allen.“ (Friedrich Engels, Zur Kritik des Sozialdemokratischen Programmentwurfs, MEW 22, 234 zit. n. hr., „Die Zukunft gehört dem Bolschewismus“). Freiheit der Andersdenkenden - Sozialismus und Demokratie, in: ak Vol. 294 vom 2. Mai 1988, 24 I (33 I, 35 V, FN 25).

^{29a} so jetzt auch: Satz a.a.O. (FN 8), 9 I f.

Ausbeutung zurückzuführen und diese als Kern aller Probleme zu bekämpfen^{30 31}.

FÜR DAS ZUSAMMENKOMMEN EINER NEUEN LINKEN

In Ansätzen ist einigen sich auf SO 36 beziehenden Gruppen ein Zusammenbringen dieser kategorialen Verknüpfung von Bewegungen mit der sozialen Frage gelungen (Kiezdemo, Reichenberger 63a, Maidemo durch 36 und 44), freilich wesentlich beeinflusst durch die Konzentration auf SO 36 und verzerrt durch die kategorische Abgrenzung von anderen linken Gruppen, der Weigerung, sie in ihrer Diffusität wahrzunehmen, eine Antizipation gesellschaftlicher Relevanz über SO 36 hinaus damit ausschließend.

Unterstellt, die Antwort auf unsere Frage nach dem Bewußtsein über die Radikalität ihrer Politik fällt bei denjenigen, die sich nicht als „Real“os/as verstehen, in unserem Sinne

30 DIE GRÜNEN verstehen sich vielfach Vertreterin der Minderheiten. „Übersehen wir dabei das inhaltliche Problem, das in einer klassenmäßigen Perspektive gar keine Schwierigkeiten bereiten würde; die jetzt Herrschenden sind nämlich eine Minderheit, von der die Mehrheit wünschen könnte oder sollte, sie möge sich endlich wenn nicht zum Teufel, so doch in die Machtlosigkeit scheren. Wenn die von den Grünen vertretenen Minderheiten das Sagen erobern (...), werden die anderen zu Minderheiten - die wieder von den Grünen vertreten werden?“ (Agnoli a.a.O. (FN 3), 24, Hervorh. i. D.).

31 vgl. LW 5, 355 (426): „Das Bewußtsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaft politisches sein, wenn die Arbeiter nicht gelernt haben, auf alle und jegliche Fälle von Willkür und Unterdrückung, von Gewalt und Mißbrauch zu reagieren, welche Klasse diese Fälle auch betreffen mögen, und eben von sozialdemokratischen und nicht von irgendeinem Standpunkt zu reagieren. Das Bewußtsein der Arbeiterklasse kann kein wahrhaftes Klassenbewußtsein sein, wenn die Arbeiter es nicht an konkreten und dazu an brennenden (aktuellen) politischen Tatsachen und Ereignissen lernen, jede andere Klasse der Gesellschaft in allen Erscheinungsformen des geistigen, moralischen und politischen Lebens dieser Klassen zu beobachten; wenn sie es nicht lernen, die materialistische Beurteilung aller Seiten der Tätigkeit und des Lebens aller Klassen, Schichten und Gruppen der Bevölkerung in der Praxis anzuwenden. (...) Um Sozialdemokrat zu werden, muß der Arbeiter eine klare Vorstellung haben von dem ökonomischen Wesen und dem sozialen und politischen Gesicht des Gutsbesitzers und des Pfaffen, des hohen Beamten und des Bauern, des Studenten und des Lumpenproletariers, muß er die starken und schwachen Seiten kennen, muß er sich in den landläufigen Phrasen und all den Sophistereien auskennen, mit denen jede Klasse und jede Schicht ihre egoistischen Neigungen und ihr wahres ‚Innere‘ verhüllt, muß er sich darin auskennen, welche Institutionen und welche Gesetze diese oder jene Interessen zum Ausdruck bringen und in welcher Weise sie es tun.“ (Hervorh. i. D.).

aus und ist bei den „Real“os/as zumindest klärend, so wäre genau die Erweiterung gesellschaftlicher Relevanz radikaler Politik über SD 36 hinaus das Ergebnis einer insofern produktiven Überwindung des Flügelstreits in der AL. Dazu jedoch müßte sich die AL tatsächlich auf die in diesem Papier vorskizzierte Generaldebatte einlassen, in der biographische Brüche und politische Psychologie der Alternativen Thema sind; gescheitert wäre diese Debatte dann, wenn ihr einziges Ergebnis einige programmatische Beschlüsse wären.

Die GutverdienerInnen in der AL müssen begreifen, daß sie auf Kosten der VerweigererInnen und Entgarantierten, der StahlarbeiterInnen in Rheinhausen, der Ausgebeuteten in den Trikont-Ländern, mit all denen sie sich ständig „solidarisieren“, so gut verdienen, daß aber die Grundlage aller Solidarität, die Kommunikation miteinander, eben nicht auf der Ebene der FunktionärInnen, ihnen fehlt, wenn sie sich nur auf MVVs oder gar nicht zeigen.

Die gesamte Linke muß begreifen, daß ihr, solange sie nur in den Formen der kategorischen Abgrenzung miteinander kommuniziert, jede Grundlage einer Solidarität untereinander fehlt und sie sich, wenn sie den Diskurs über eine revolutionäre politische Kultur nicht auch insgesamt führt, der historischen Perspektive des Zusammenkommens zu einer Neuen Linken.

Unabhängig von den sich vertiefenden Gräben zwischen den einzelnen Fraktionen der Linken sind zur Zeit Signale der einzelnen Szenen wahrzunehmen, perspektivische Fragen sich erneut zu stellen: links von der alternativen Linken findet eine der seit den 70er Jahren intensivsten Theoriedebatten statt (Neuer Internationalismus/Neuer Antimperialismus), die „wildcat“ kündigt den Versuch an, „festgefahrende Debatten aus den alten Gleisen rauszuholen“^{31a}; der „Arbeiterkampf“ öffnet sich einem weniger „proletarischen“ lay-out und der Kultur; in allem pathologischen Überschwang gelang das gar Ex-TrotzkistInnen und Ex-StalinistInnen, sich zur VSP zu vereinigen und anschließend auch noch den BWK in die Diskussion miteinzubeziehen; Prof. Fülberth von der Theorie-Fraktion der DKP denkt in „KONKRET“ über die Auflösung dieser Partei nach; harte MaoistInnen wollen sich an Wahlen beteiligen (K euzberger Liste); die Einladung der Neuköllner AL zur ersten VV nach der Rotations-MVV klingt geradezu revolutionär...

31a Vol. 44, 1988, 1

All diese Ansätze lassen uns hoffen, daß es möglich ist, die negative Dialektik der jeweils antithetischen Entwicklung linken Zeitgeistes (im Extremen: von der Debatte über Klassenbewußtsein zum Psychoboom u.ä.) zu erkennen und zusammen zu überwinden.

Für ein Zusammenkommen zu einer Neuen Linken, die in der Lage ist, ihre Geschichte unverzerrt wahrzunehmen, deren Fraktionen in der Lage sind, Handlungsperspektiven gemeinsam praktisch werden zu lassen!

Für eine Neue AL, deren Interesse es ist, ein solches Zusammenkommen durch eine Neue Politik zu ermöglichen!



ANHANG I

Statt bloß unsere alten „Politikfelder neu (zu) beackern“³² kommt es für DIE GRÜNEN/AL also insbesondere darauf an, neben der bereits vorhandenen tatsächlichen (Handlungs)kompetenz in Sachen Umweltschutz, in den Themen ArbeiterInnenklasse, Wirtschafts- und Sozialpolitik Kompetenz zu entwickeln³³ und gerade die Trennung von Politik in „Politikfelder“ aufzuheben. Es ist - wie insbesondere Christian Schmidt in Auseinandersetzung mit dem Umbauprogramm betont hat³⁴ - vollkommen illusorisch anzunehmen, mit diesem Programm seien *im Kapitalismus realisierbare* Forderungen aufgestellt. Die Annahme dieses Programm ließe ohne wesentliche Kapitalflucht, die das Programm zu brechen ließe, realisieren, ist abwegig. Derart gestellt Forderungen tragen in erster Linie zur eigenen Verdummung und zur Verdummung der Bevölkerung bei, weil sie uns und diese über die unter den gegenwärtigen Bedingungen bestehenden Möglichkeiten von Realpolitik³⁵ täuschen. Während das Umbauprogramm (wegen seines Umfangs in erster Linie) auf erheblichen Widerstand stoßen wird, unterscheidet es sich *qualitativ* von sozialdemokratischen Beschäftigungsprogrammen kaum. Forderungen, die ansatzweise darüberhinaus gehen, werden aber nicht betont, stattdessen wird die angebliche Machbarkeit herausgestellt. Ein besserer Ansatzpunkt ist z.B. die Vergesellschaftungsforderung der GRÜNEN hinsichtlich der Stahlindustrie, wobei allerdings zu bedenken ist, daß eine Vergesellschaftung nur der defizitären Konzernteile auch in die Irre führt³⁶. Wieso ist zu diesem Thema - Stahlindustrie - von den GRÜNEN in der Öffentlichkeit eigentlich genauso wenig Sinnvolles zu hören wie zu der aktuellen Debatte um Arbeitszeitverkürzung - jeweils abgesehen von den Bundesversammlungsbeschlüssen.

³² Müller-Gazurek a.a.O. (FN 25), 27

³³ so jetzt auch Statz a.a.O. (FN 8), 12 I

³⁴ Ökologische Modernisierung in Grün. „Umbau“-Vorstudie zum „Gemeinsamen Regierungsprogramm“, in: grüner basis-dienst 9/85 1. Dezemberheft 1985, 14 I, S. 5 - 15 Praxibel IV (Antrag) U 9 (der GRÜNEN Bundesversammlung vom 26. - 28.09.1986 in Nürnberg).

³⁵ „Deren Geschichte keineswegs auf den politischen Realismus, sondern auf den nackten Zynismus der bismarckschen Imperialpolitik nach dem Verschleiß aller übergreifenden politischen Zielvorstellungen (Liberalismus, Demokratie, Konservatismus) im Deutschland der bleiernden Jahre der Nach-48er-Reaktion zurückverweist.“ (Wolf a.a.O. (FN 4), 89, 108, FN 8).

³⁶ s. dazu: Winfried Wolf, Stürmt die Fluchtburgen, in: KONKRET 1/1988, 26 I (27 III) - im übrigen noch mit sehr lesenswerten Beiträgen von Oliver Jolowin über die Rote Zora und Jürgen Reents zur Gewaltfrage und eine Debatte zwischen Ebermann, Stamm, Schubert und zwei Hamburger Autonomen über eben diese Frage.

Genauso wenig ist von den GRÜNEN zu der anstehenden Weltwirtschaftskrise zu hören und mit der IWF/Weltbank-Tagung befassen sich selbst in der AL nur einzelne Leute. Wir wird nun der IWF wahrgenommen? Zunächst als neues Politikfeld. Eine (theoretische) Reflexion hat nicht stattgefunden, das Problem wird unter Tagespolitik wahrgenommen, in der deshalb dann einige FraktionärInnen dazwischen hauen. IWF als Wahlkampfproblem und als Problem des Verhältnisses zu den Autonomen und Antimps.

Außerdem müssen wir endlich einige fundierte Überlegungen zu Finks Sozialpolitik anstellen. Die Politik der „Wende“ nämlich oder präziser: das neue Herrschaftsprojekt der CDU (und ganz ähnlich die SPD-Politik) sieht einen Umbau des Sozialstaates vor, nicht eine simple Erneuerung des „liberalen“ Staates mit dem damit verbundenen Ellenbogen-Kapitalismus, sondern sozusagen differenzierter, als eine Mischung aus Integrationsstrategie, die auch die Alternativszene betrifft, und gesellschaftlicher Spaltung, denn da gibt es partout Leute, die sich nicht integrieren lassen wollen. Womit wir bei sogenannten „Problembezirken“ wären. Der Prozeß der räumlichen Konzentration ganzer gesellschaftlicher Gruppen bewirkt für das staatliche Kontroll- und Herrschaftsinstrumentarium einen ausgesprochen willkommenen Aspekt: Soziale Pulverfässer sind hinfert einigermaßen zu überschauen und zu regulieren. „Problembezirke“ explodieren zwar manchmal unvorhergesehen wirkungsvoll, doch lassen sie sich bei Bedarf auch 'mal vollkommen abriegeln, ganz davon zu schweigen, daß der Senator Kewenig seinen uniformierten Jungs sicher gerne

Gelegenheit gibt, sich mit Schlagstock und Tränengas an KiezbewohnerInnen auszutoben: Bullerei trainiert mit dem Segen des Senates sowie eines Walter Momper, der den Oppositionellen heuchelt, schon für Olympia, spricht IWF-Kongreß!

Von Westberlin einmal abgesehen, quasi über den Tellerrand geschaut, wird neues Opferbewußtsein regelrecht gepredigt, „Werte“ wie Volk und Vaterland werden propagiert, die Familie steht wieder hoch im Kurs, da mischen sich dann Neue Mütterlichkeit und Heimcomputer zu einer tragikomischen Mixtur. Die allgemeine Tendenz geht hin zu einer Privatisierung der Ausbildungs- und Krankheitskosten. Die Zeche zahlen sollen, wie sooft im Falle von Reformen, die Armen, ganz im Gegensatz zu unseren Damen und Herren BerufspolitikerInnen: Geht es nach Antisozialminister und Menschenrechtler Blüm, wird zwar den Normalsterblichen ihr Sterbegeld gestrichen, nicht aber Bundes- und Landtagsabgeordneten, weil

„sie vergessen“ haben, ihr eigenes Sterbegeld zu streichen.

Es handelt sich beispielsweise für Bundestagsabgeordnete um lumpige 17.458 DM. Das reicht sicherlich für ein Begräbnis erster Klasse.

Auf ein wenig anderer Ebene bewegen sich derzeit Vorschläge des Landesfürsten Späth, wie immer rührend um das Wohl seiner Landeskinder besorgt: kürzlich regte der CDU-Vordenker an, mensch solle sogenannten „arbeitsunwilligen Jugendlichen“ doch gleich 20 % ihrer finanziellen Unterstützung streichen. Wohl gebrüllt, Lothar! In Zeiten erstarkender „Republikaner“ haben solche Forderungen bei einem Teil des mündigen Wahlvolkes bestimmt Konjunktur.

Die CDU begreift sich durch ihre „junge Garde“ als die Programm-partei (Ulf Fink), die aus den 68er-Debatten gelernt, sich in den 70er Jahren geläutert und nun zum Sturm ansetzt. Wie 1968 heißt auch in den 80er Jahren das Experimentierfeld Westberlin.

Sie wollen glänzen, modern sein und wirken, der CDU soll eine lange Machtphase ermöglicht wird, dazu muß sie „modern“ sein.

Die Paradedepferde heißen Fink oder Hassemer, nicht unumstritten, und galoppieren munter voran. Fink mit seiner

37 TSP 07.05.1988

an anderer Stelle beschriebener Sozialpolitik, Hassemer, der

das Bild eines offenen Konservatismus pflegt, der eine liberale Kulturpolitik betreibt. Kulturpolitik, in der alle Platz haben, die von Spektakeln und Inszenierungen lebt. Kulturpolitik mit ihrem direkten wirtschaftlichen Aspekt (Tourismus und neue Dienstleistungen), sinnstiftend (in einer Zeit, in der soziale und kulturelle Identitäten flöten gehen) und als Entsprechung für „neue“ soziale und kulturelle Bedürfnisse für die Reproduktion der KopfarbeiterInnen.

750-Jahr-Feier oder E 88, die scheinbar wichtigsten Diskussionen über Gott und die Welt und die Zukunft werden von den Konservativen bestimmt. Kampf um Sprache, Worte, Bilder. Schleier.

Und schön integrativ. Wen interessiert da denn noch die „Probleme“ wie Vobo, Weißer Kreis oder Arbeitslosigkeit. Und kaum Widerspruch. Entweder mitmachen oder nicht ernst nehmen oder ignorieren, dies die Reaktionen aus dem links-alternativen Lager. Produktive Ansätze, diesen Schleier zu zerreißern, der ungeplante 1. Mai, die Jubelparade oder Hönkel. Traurig aber wahr.

GRÜNE „REAL“os wie Udo Knapp nehmen solche Sachen wenigstens wahr, auch wenn sie mit Tabubrüchen antworten, mit der falschen Reaktion.

Die Sozialdemokratie läuft dem hinterher und irgendwo andersherum. Sie kann dann wieder aktiv werden, wenn sie die bessere Modernisierung, Integration, Befriedung etc. anbietet.

Lafontaine hat hier den ersten Schritt gemacht, in Westberlin sieht es noch schlechter aus. Die AL könnte die SPD zu einer 25%-Partei degradieren.

Das gleiche Problem wie bei dem Umbauprogramm liegt bei dem Komplex „Demokratische Rechte“ vor. Zwar ist es richtig und wichtig, immer wieder auf die de jure gewährten demokratischen Rechte Bezug zu nehmen und die Abschaffung einzelner Repressionsinstrumente und -maßnahmen zu fordern, um sich evtl. darausergebende Freiräume konstruktiv zu nutzen. Derartige Forderungen können aber auch - in anderem Umfang - von SPD und FDP in ihren liberalen Phasen, von HU und ai aufgestellt werden; DIE GRÜNEN Forderungen nehmen auch hier nur eine andere Quantität an; der Umschlag in eine andere Qualität bleibt aus!

Eine „andere Qualität“ bedeutet, die Forderungen dürfen nicht nur auf eine Verbesserung des bestehenden Systems zielen, sondern auf dessen Transformierung.^{37a}

Konkret heißt das: „Marsch durch die Institutionen“ ist nur sinnvoll, als er - der Zersetzung dienend - in einem gesamtstrategischen Zusammenhang steht. Die richtige Forderung besteht in der Forderung nach Zerschlagung/Zersetzung des gegenwärtigen Staatsapparates. Nicht nur freedom of information, sondern Abschaffung des von der Gesellschaft geschiedenen besonderen Beamtenapparates!

Wir wollen unser Verlangen nach Forderungen einer anderen Qualität noch an zwei weiteren Beispielen deutlich machen: ++ erst ein in Ansätzen positives:

DIE GRÜNEN wollen aus der Kernenergie sofort aussteigen, die SPD „in zehn Jahren“. Die unterschiedliche Qualität liegt nun aber nicht in der Differenz zwischen „sofort“ und „in zehn

Jahren“, sondern darin, daß DIE GRÜNEN die Forderung im Konflikt, die SPD aber im Konsens mit den an der Kernenergie interessierten Gruppen durchsetzen will. Obwohl die SPD hier so deutlich wie selten ihre Grundposition formuliert hat, wird von den GRÜNEN darauf, daß hierin der qualitative Unterschied zwischen beiden Positionen liegt, viel zu wenig hingewiesen.

Bei diesem Beispiel ist auch in Ansätzen ein Problem gelöst, für das auch wir bei den anderen Beispielen keine Lösung haben:

„(...) die Schwierigkeit liegt darin, als wahr erkannte Interessen zu verbinden mit unmittelbar wirklichen Interessen. (...) Wer nach einer Aspirin-Tablette greift, um seine Kopfschmerzen loszuwerden, hilft in Wahrheit nicht sich selbst, sondern dem Gewinnstreben eines multinationalen Konzerns. In Wirklichkeit aber will er seine Kopfschmerzen los werden. Da hilft ihm die Erkenntnis der Wahrheit seines Tuns ziemlich wenig.“³⁸

+++ und ein negatives Beispiel:

Das Entgiftungsprogramm der GRÜNEN (nebenbei eine kuriose Kooperation zwischen der Hamburger „Real“a Thea Bock und Jutta Ditfurth). Was in dem Programm an zu verbietenden, zu ersetzenden etc. Stoffen, Produktionsverfahren etc. aufgezählt wird - eine besondere politische Qualität können wir bei Leibe nicht

entdecken. Wieso das als wissenschaftliche Handreichung hoffent-



lich nützliche Papier auf einer GRÜNEN Bundesversammlung ausführlich beraten und beschlossen werden mußte - wir wissen es nicht.

DIE GRÜNEN dürfen sich also gerade nicht nur auf ihre angestammten Gebiete, wo sie ohnehin schon die Sympathie einer relativ breiten Bevölkerungsschicht genießen, konzentrieren, sondern müssen sich gerade um bisher vernachlässigte Themen kümmern.

ZUR STRATEGIE...

... haben wir ungefähr noch einmal so viel geschrieben, wie wir in diesem Broschürchen veröffentlicht haben. Wir werden es nachreichen, wenn wir sehen, daß diese Blätter nicht ohne Reaktion bleiben. Außerdem brauchen wir noch Zeit, um einige Probleme für uns zu bereden, etwa die Zitatekultur. Bestimmte Unwägbarkeiten, die „alles“ ändern können, kommen hinzu: der GRÜNE Perspektiven-Kongreß im Juni, die IWF-Tagung im September (ist ein italienischer April zu befürchten?).

Anhang II

Dieses Flugblatt wurde auf der AL-MVV am 16.04.1988 verteilt, in der beschlossen wurde, die Zwei-Jahres-Rotation abzuschaffen. Die Diskussionsbereitschaft darüber ging soweitgehend gegen Null, daß nicht einmal Mehlbeutel das Werfen lohnten.

37a Transformiert wird z.Z. nur der Zeitgeist. Von Bahro bis Capra. Bei den GRÜNEN heißt dies BAG spirituelle Weg in Politik und Wissenschaft oder Kulturrevolution der GRÜNEN durch einen „GRÜNEN Aufbruch'88“.

38 Agnoli a.a.O. (FN 3), 24, 39, FN 7

AN DIE LEGENDEN !

wohl alle werden darin Übereinstimmen, daß die rotation der funktionärInnen der al kein inhalt an sich ist, sondern vielmehr ein mittel, daß strukturell all denjenigen im wege steht, die das kleine stück von der liste tendenziell entfaltet gegenmacht mit dem system versöhnen wollen, die die integration im sinne der modernisierung des systems wollen, die die transformation unseres diffusen haufens zu einer bürgerlichen, sozial-liberalen partei der 90er jahre betreiben, stillschweigend, die eigene geschichte unterdrückend.

die transformation der spd zu einer reformerischen partei wurde wesentlich 1906 vollzogen, als die einföhrung von dlüten für die reichstagsabgeordneten den funktionärsapparat der spd übermächtig werden ließ, dessen bürokratisches eigeninteresse am erhalt des (parlamentarischen) status quo seither das wezen dieser partei bildet.

die transformation der kpd zu einer bürokratisch-realistischen partei der radikalen phase wurde wesentlich ab 1924 vollzogen, als erstmals eine starke fraktion ins parlament einzog, und bürokratische interessen sich mit der ausrichtung einer bestimmten fraktion der partei trafen: bekannter ist dieser prozeß unter dem namen "stalinisierung".

der aufbau einer traditionallinie kaiser wilhelm - stalin - köppl soll heute vollzogen werden; jawohl: vollzogen.

von diesen vollziehern haben wir so die schulze voll, ihr kotzt uns an denen, die noch weiterlernen wollen, erklären wir gerne, warum:

die al ist entstanden nach den toten von 77, aus einer atmosphäre heraus, in der sich viele der orobanqnisten der linken (und gerade der grünen) selbst von den äußerern "kiamheimlicher freude" distanzieren, in der die historische perspektive der befreiung des menschen von der unterdrückung durch menschen durch den so starken druck der repression auf die köpfe in den geruch der lächerlichkeit geraten war, nicht mehr erdignenswert erschien. die liste war die organisatorische anhäufung vieler radikaler einzelforderungen, deren realisierung

nur im bruch mit dem syst die darum scheinradikal w kleinerere forderungen nat reformerischen schritten z eben die utopie des unfass schweigend fallengelassen, suche eine radikale utopie mehr gemacht wurden.

ihre offenheit für individuen provenienz, ihr selbstverstät bewegungen, ihre satzungsmäß eine professionalisierung im den auf der guten seite der l gesellschaftliche neuenmacht nar excellance während der h nar excellance steht aber auch an dieser bezeichnung: die liste sation in dem moment, als es l neilinen will(e), die umaltung nichtverhandlungsgruppen zu verte es sich an nachteiligkeiten, dnl selungen zur, einen konzepts für bewenden umfözung der bewacht zustellen; zweckmäßig beschöp krete utopie" auf die realisieren lebens für die integrations sich hier eine auf reformen oriatik durch, mit der doch wohl alle al im laufe ihrer radikalisierung d en hatten.

einen radikaler, utopischen konzept bis heute nicht, im gegenenteil: wed denen es doch nach den erfahrungen wenn überhaupt, das eine zeitigte, die eine umfassendere utopie konkret vorhanden ist- zumindest erwartet u selbstverständlich die "realos", um gerichtet ein solcher diskurs notwendig betreiben ihn. Dabei wird die bedeut geföhrten diskurses wenn existenziell betrieblche transformation der al zur

möglich war (und ist). en und sich in immer realpolitisch-radikal-ersetzen mußten, weil wien bruchs still-urden war, weil ver-ankret zu denken nicht

unterschiedlichster ndnis als teilanzieler neu sicherungen gegen bürgerlichen sinn stan- ste, aus der reale abwickelt werden konnte, bekehrbewegung.

das scheitern der al edifizierte als ornni- nicht anfang (und in verhandler- und wern; hier rüchte "in der al nicht die atonie der um- ff verhältnisse her- ble sich die "kon- in einem angezahn- werten, setzte liegende realpoli- individuen in der den einmal gebroch-

es mit es in der al er die "linken", von den 1. mai 07,-der, nämlich die kraft, werden 1907, noch denen könnte, nach von deren interesse auf wäre, und dienes nicht ter, je länger die reformpartei an-

zialliberalen zuschnitte andauert. die abschaffung der rotation und die bodewannenreife leistung der einföhrung der vier-jahres-rotation ist ein wesentlicher schritt dieser transformation. in der debatte gilt es darum nicht nur, das verhältnis der al zum bürgerlichen parlamentarismus zu reflektieren, sondern das selbstverständnis der liste überhaupt, ihre geschichte und die geschichte der in ihr organisierten individuen. die vorliegenden anträge verweigern sich diesen reflektionen, die taz-anzeiger wollen gar überhaupt nicht mehr diskutieren, sondern nur noch die abschaffung der rotation beschließen.

unter diesen umständen sehen wir uns heute nicht in der lage, mit euch die rotation zu bereden, wenn ihr heute die abschaffung der rotation beschließt, werden wir die widersprüche in der al mit mehlsbeuteln bezeichnen, an der hoffnung, daß das vielleicht für euch einen anlaß schafft, sich der notwendigen, viel fundamentaleren diskussion zu öffnen.

den gefallen, euch aus dieser verantwortung zu entlassen und aus der al zu verschwinden, werden wir euch keinesfalls tun.

einige radikale

